

Universität Bielefeld | Postfach 10 01 31 | 33501 Bielefeld

Prof. Dr. Reinhold Hedtke

Raum: Gebäude X, C3-236  
Tel.: 0521.106-3986 (Skr. -3985)  
Fax: 0521.106-153896  
reinhold.hedtke@uni-bielefeld.de  
www.uni-bielefeld.de/soz/ag/hedtke

Bielefeld, 22.10.2015

**Stellungnahme zum Bildungsplan 2016 in Baden-Württemberg:****Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung (Sekundarstufe I, Gymnasium G8)**

Die Landesregierung hat sich aus politischen Gründen für die strikte Trennung der beiden Fächer Gemeinschaftskunde (GK) und Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung (WBS) und der entsprechenden Lehramtsstudiengänge in Politikwissenschaft und Wirtschaftswissenschaften entschieden. Empirische Daten, die dies begründen, gibt es nicht. Die wissenschaftlichen Positionen zur Fächerfrage sind kontrovers.

Zum Zwecke dieser Stellungnahme zum Bildungsplan wird die politische Entscheidung der doppelten Separierung als gesetzt und durch Sachargumente nicht beeinflussbar betrachtet. Gegenstand dieser Kurzanalyse bleiben dann die Folgen, die diese Trennung verursacht.

Die Folgen betreffen vor allem

- (1) die Lehrerbildung und das Problem fachfremd erteilten Unterrichts
- (2) die Umsetzbarkeit der Leitperspektiven des Bildungsplans 2016
  - Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)
  - Berufliche Orientierung (BO)
  - Verbraucherbildung (VB)
- (3) die Kompetenzen und „Dimensionen“
- (4) die Standards für inhaltsbezogene Kompetenzen, und nicht zuletzt
- (5) das Thema sozioökonomische Ungleichheit.

Festzuhalten ist, dass es im Zuge der inhaltlichen Auseinandersetzung um die Arbeitsfassungen durchaus Verbesserungen gegeben haben mag; dies nachzuzeichnen sprengt aber den Rahmen dieser Stellungnahme. Sie basiert ausschließlich auf den jüngsten Versionen der Lehrpläne.

Die folgenden Kommentare beziehen sich, wenn nicht anders vermerkt, *exemplarisch* auf die beiden Pläne für die Sekundarstufe I des Gymnasiums (Klassen 8-10). Sie treffen aber auch für den nicht-gymnasialen Plan zu.

## **1. Lehrerausbildung und fachfremd erteilter Unterricht**

Durch die scharfe Trennung der beiden Fächer GK und WBS und durch die zukünftig nur noch monodisziplinären Lehramtsstudiengänge – Politikwissenschaft oder Wirtschaftswissenschaften, keine Soziologie – wird der Anteil fachfremd erteilten Unterrichts in diesen Fächer *deutlich steigen*.

Denn in kleinen und mittleren Schulen werden immer häufiger Lehrkräfte, die nur Politikwissenschaft studiert haben, fachfremd auch WBS unterrichten müssen, und Lehrkräfte, die nur Wirtschaftswissenschaften studiert haben, fachfremd auch in GK eingesetzt werden müssen. In beiden Fällen sind die Lehrkräfte fachlich wesentlich enger ausgebildet als durch die bisherigen multidisziplinären Lehramtsstudiengänge. Deshalb sind sie zukünftig gar nicht mehr für das jeweils *andere* Unterrichtsfach qualifiziert.

In Baden-Württemberg wird es also demnächst im landesweiten Durchschnitt mehr fachfremden Wirtschaftsunterricht *und* mehr fachfremden Gemeinschaftskundeunterricht geben als heute. Wie sich die fachliche Unterrichtsqualität durch den Bildungsplan 2016 verbessern soll, bleibt damit ein Rätsel.

## **2. Umsetzbarkeit der Leitperspektiven**

### **Bildung für nachhaltige Entwicklung**

Bildung für nachhaltige Entwicklung ist schon vom Begriff Nachhaltigkeit her ein interdisziplinäres oder transdisziplinäres Vorhaben (ökonomische, soziale, ökologische Dimension). Die Abtrennung von Wirtschaft in ein separates Fach erschwert die Realisierung von BNE erheblich.

Die soziale Dimension von Nachhaltigkeit wird vernachlässigt, sie fehlt sowohl in GK wie in WBS. Das ist sachfremd. Außerdem treffen die global, regional und lokal negativen Folgen mangelnder Nachhaltigkeit vor allem sozial benachteiligte Gruppen, die über keine politische Entscheidungsmacht verfügen. Aber auch die politische Dimension von Nachhaltigkeit kommt zu kurz.

Angesichts dieser Defizite erscheint es nur als konsequent, dass die Pläne Nachhaltigkeit sachfremd und wirklichkeitsfremd allein zur Aufgabe der Verbraucherinnen erklären. Für Arbeitnehmerinnen, Unternehmerinnen und Geldanlegerinnen spielt sie scheinbar keine Rolle. Diese Verantwortungszuschreibung ist asymmetrisch, individualisierend, pädagogisierend und unpolitisch. Sie ignoriert vor allem die reale Gestaltungsmacht global operierender Unternehmen und ferner auch die immer noch vorhandene, wenngleich durch die Globalisierung und Finanzialisierung geschwächte Regulierungsmacht von Staaten.

### **Berufliche Orientierung**

Das Forschungsfeld Arbeit, Qualifikation, Arbeitsmarkt und Beruf ist interdisziplinär und transdisziplinär. Das gilt auch für das Wissen und Können, das Jugendliche für eine erfolgreiche berufliche Orientierung benötigen. Volkswirtschaftliches und betriebswirtschaftliches Wissen bildet nur einen

kleinen Teilbereich davon. VWL und BWL bilden auch nur einseitige Perspektiven auf Arbeit und Beruf ab, vor allem die des Marktes und die der Unternehmen.

Weder im WBS-Lehrplan noch im wirtschaftswissenschaftlichen Lehramtsstudium kommt das für ein angemessenes Verständnis der Arbeitswelt hoch relevante Wissen aus Bildungs-, Arbeits-, Organisations- und Berufssoziologie, Sozialpsychologie und Arbeitspolitik vor. Die Kompetenzen der Lehrenden und Lernenden bleiben deshalb sehr einseitig und unvollständig.

Damit fehlen wesentliche Voraussetzungen für eine subjektbezogene und realitätsgerechte berufliche Orientierung. WBS vermittelt den Lernenden stattdessen einen einseitigen wirtschaftswissenschaftlichen Blick auf die Arbeitswelt.

Im Übrigen ist der Begriff „Berufswähler“ angesichts der zahlreichen und systematischen Einschränkungen des Optionsraums und angesichts vielfältiger Diskriminierungen für viele Gruppen von Jugendlichen schlicht euphemistisch.

Die WBS-Lehrpläne werten die große Mehrheit der Lernenden indirekt ab, die sich beruflich auf eine abhängige Beschäftigung hin orientieren. Das betrifft besonders die nicht-gymnasialen Pläne, sie widmen der Unternehmerpersönlichkeit viel Raum, während sie Arbeitnehmerinnen faktisch keine Persönlichkeit zutrauen (S. 32). Überhaupt sticht die sehr asymmetrische Darstellung von Arbeitnehmern und Unternehmen ins Auge: Arbeitnehmer haben „Rechte und Pflichten“, Unternehmer tragen „Verantwortung“ (S. 24, 32), Unternehmen haben volkswirtschaftliche Bedeutung, Beschäftigte nicht (S. 33).

### **Verbraucherbildung**

Es liegt auf der Hand, dass man Konsum nur interdisziplinär angemessen verstehen und als Verbraucherin nur mit interdisziplinärem Wissen angemessen handeln kann. Auch die Konsumentenforschung hat transdisziplinären Charakter. Aber die Bildungspläne beschränken Verbraucherbildung auf Volkswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftslehre und ein bisschen Wirtschaftsrecht, alles andere fehlt (z. B. Konsumsoziologie und -psychologie, Konsumpolitik, Sozialpsychologie). Die Lernenden erfahren nichts über die *Konsumgesellschaft* und können deshalb die Welt, in der sie konsumieren, nicht angemessen verstehen.

Die Lernenden erfahren auch nichts über sich selbst, weil ihnen vom Lehrplan die wirklichen Wirkungszusammenhänge, die ihre Wünsche und Vorstellungen und ihr Konsumhandeln bestimmen, vorenthalten werden. Stattdessen lernen sie, ökonomisches Handeln folge dem Wirtschaftlichkeitsprinzip (S. 13).

Mit diesem schmalen und einseitigen wirtschaftswissenschaftlichen Programm kann Verbraucherbildung ihren *Bildungsanspruch* nicht einlösen. Diese ökonomistisch akzentuierte VB widerspricht auch den Grundgedanken der BNE.

Liest man die gymnasialen Pläne für GK und WBS zusammen, zeigt sich eine *Entpolitisierung* der Verbraucherbildung. Verbraucherpolitik als politisches Ringen um die Verteilung von Rechten und Pflichten, Kosten und Profiten, Verantwortung und Risiken kommt in GK überhaupt nicht vor. In WBS dagegen wird der Verbraucher klein gemacht und auf praktizistische Überlegungen und Optimierungshandeln reduziert (Standards 3.1.1).

Dazu passt die *Machtvergessenheit*: die Macht von Unternehmen, Unternehmern und Unternehmensverbänden bleibt ausgeblendet, der Begriff „Macht“ findet sich nur in Verbindung mit den Verbrauchern (WBS, S. 14). In WBS werden Wirtschaftsverbände und Lobbyismus nicht einmal erwähnt. Das ist eine Umkehrung der realen Verhältnisse, solche Verbraucherbildung kann keine Aufklärung leisten. Sie ist wirklichkeitsfremd.

### 3. Kompetenzen und „Dimensionen“

Das den WBS-Plänen zugrunde gelegte „Drei-Dimensionen-Modell“ (individuelle, Beziehungs-, Ordnungs-/Systemdimension) ist in erheblichen Teilen fragwürdig und für die Strukturierung der ökonomischen Bildung im Fach nicht tragfähig. Es entspricht in wichtigen Punkten nicht dem Stand der Wirtschaftswissenschaften, von den anderen Sozialwissenschaften ganz zu schweigen.

Erstens sind individuelle Entscheidungen in den Feldern Konsum, Arbeit, Vorsorgen, Investieren usw. immer schon in soziale Beziehungen eingebettet, von ihnen geprägt und begrenzt sowie auf sie bezogen. Alles individuelle wirtschaftliche Denken und Handeln findet immer schon in sozial definierten Situationen statt, baut immer schon auf sozialen Voraussetzungen auf und bezieht sich auf immer schon vorhandene kollektive Muster und mentale Modelle. Die *vielfältige Verquickung* von individueller und sozial-relationaler Dimension ist beispielsweise *die* Triebkraft der Konsumgesellschaft und damit die *zentrale* Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum. Ohne die soziale Bedeutung der Konsumgüter, ohne ihre soziale Beziehungen stiftende und bestätigende und soziale Positionen symbolisierende Funktion würde die Nachfrage nach Konsumgütern dramatisch zurückgehen.

Das vom Fach WBS adaptierte Dimensionenmodell verweigert den Lernenden auch die notwendigen wissenschaftlichen Instrumente, mit denen sie die „Komplexität von Interaktionen“ verstehen sollen (S. 8), da es nur volks- und betriebswirtschaftliches Wissen dazu anbietet. Ohne (wirtschafts-)soziologisches und sozialpsychologisches Wissen ist ein angemessenes Verständnis nicht möglich. Die Lernenden gewinnen deshalb ein falsches Bild von wirtschaftlichen „Wirkungszusammenhängen“.

Zweitens entspricht das Modell nicht dem Stand der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, da es die „Dimension“ *Organisation* ignoriert. Wirtschaftliche Entscheidungen werden im 20. und 21. Jahrhundert ganz überwiegend innerhalb von Organisationen und dort in organisierter Form und kollektiv getroffen, vor allem in Unternehmen aller Art. Aber auch Konsum-, Berufs- und Anlageentscheidungen sind meist in Gruppen eingebunden, etwa in private Haushalte oder Peergroups. Auch die Unternehmerfunktion hat heute eine weitgehend in Unternehmen *organisierte* Form. Das gehört zum Wissensstand auch der Volks- und Betriebswirtschaftslehre. Deshalb ist im Übrigen die Betonung der Persönlichkeit des Unternehmers wissenschaftlich einseitig.

Da die Dimension Organisation im Modell und in den WBS-Lehrplänen fehlt, bieten sie den Lernenden ein wirklichkeitsfremdes Bild der modernen Wirtschaft. Deshalb muss „Organisation“ in das dem Lehrplan zu Grunde liegende Basismodell eingefügt werden.

Drittens fehlt in beiden WBS-Plänen die Kernkategorie „Institution“. Institution ist zum einen eine zentrale wirtschaftliche „Dimension“, die weder durch die individuelle, die Beziehungs- noch durch die Ordnungsdimension des ausgewählten Modells erfasst wird. Zum anderen stehen Institutionen im Mittelpunkt einer seit Jahrzehnten etablierten Strömung der Wirtschaftswissenschaften, der Neuen Institutionenökonomie. Deren Vertreter und Vertreterinnen haben bereits mehrfach den

Preis zum Gedenken an Alfred Nobel erhalten. Das Ignorieren der Institutionenökonomie ist für das Modell und die Bildungspläne, die ein dezidiert *wirtschaftswissenschaftliches* Profil beanspruchen, besonders peinlich. An dieser Stelle verfehlen die WBS-Lehrpläne das Prinzip der Wissenschaftsorientierung.

Viertens fehlt die Dimension „Gesellschaft“. Das Modell ist einseitig auf den Staat und seine Regulationskompetenz fixiert. Es ignoriert die wirtschaftliche Selbstorganisationsfähigkeit von modernen Gesellschaften (z. B. in Formen von Governance). Folgerichtig finden die höchst relevanten gesellschaftlichen Voraussetzungen wirtschaftlichen Handelns und die Leistungen der Gesellschaft für die Wirtschaft in den Lehrplänen keine Berücksichtigung. Dies ist aber etwa in der Volkswirtschaftslehre ein wissenschaftlich prominentes und politisch hoch relevantes Forschungsthema, z. B. hinsichtlich der Gründe für wirtschaftlichen Erfolg und sozioökonomische Entwicklung sowie der Konzeptionen von Wachstums-, Verteilungs- und Wohlstandspolitik. Deshalb müssen auch ausschließlich auf die Wirtschaftswissenschaften fixierte Lehrpläne die Dimension Gesellschaft an zentraler Stelle berücksichtigen.

Fünftens fehlen im Modell die wirtschaftlich entscheidenden Dimensionen (oder Ebenen) der Branche und der Wirtschaftsregion. Ihre Ausgestaltung, ihre Balance zwischen Wettbewerb und Kooperation, ihre Innovationkraft entscheiden – nach allem, was die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften empirisch wissen – wesentlich über die Wettbewerbsfähigkeit. Gerade Baden-Württemberg bietet viele Exempel dafür. Auch hier zeichnen das Dimensionenmodell und die daran orientierten Lehrpläne ein falsches Bild der Realwirtschaft. Deshalb muss diese Dimension eingefügt werden.

Sechstens, und nicht zuletzt, ist die Verwendung der Begriffe Ordnung und System in den Bildungsplänen sehr diffus und verwirrend. Die Betonung der Kategorie „Ordnung“ ist eine deutsche Besonderheit in der Volkswirtschaftslehre, im internationalen wissenschaftlichen Diskurs hat sie nur eine Randposition. Sie ist in ihrer wirtschaftstheoretischen, empirischen und wirtschaftspolitischen Relevanz sehr umstritten. Das Prinzip der Wissenschaftsorientierung verbietet es deshalb, dem Begriff „Ordnung“ eine so zentrale Stellung in den Lehrplänen zu geben. Er sollte durch „Institution“ und „Institutionensystem“ ersetzt werden.

Im Übrigen folgt aus der Fixierung der Lehrpläne auf „Ordnung“, dass sie die *Prinzipien* der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland nur politisch-*normativ* aus dem Grundgesetz ableiten (3.1.3). Ob diese Herleitung möglich ist, ist wissenschaftlich und politisch seit langem teils heftig umstritten. Deshalb sind die Lehrpläne an dieser Stelle weder wissenschaftsorientiert, noch entsprechen sie dem Kontroversitätsgebot. Sie ergreifen Partei für eine partikulare wissenschaftliche und politische Position und überwältigen damit die Lernenden.

Außerdem verzichten die Lehrpläne darauf, die Umsetzung der postulierten Prinzipien *empirisch* zu prüfen. Sie versäumen es auch, ein zentrales wirtschaftswissenschaftliches Konzept, den Wettbewerb der Institutionen, schülergemäß aufzugreifen und beispielhaft etwa die *realen* wirtschaftlichen und sozialen Leistungen der sozialen Marktwirtschaften Deutschlands, Österreichs und der Niederlande für ihre Bürgerinnen zu vergleichen. So produzieren die Lehrpläne eine Distanz zu wissenschaftlich-kritischem, auf empirische Evidenz bezogenem ökonomischen Denken. Indem die Lehrpläne hier normative Prinzipien ohne kritische Prüfung an der Realität betonen, tendieren sie auch in diesem wichtigen Punkt zu einer politisch-ideologischen Überwältigung der Lernenden.

Insgesamt ist das „Drei-Dimensionen-Modell“ aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht unterkomplex und entspricht in den oben erläuterten Punkten nicht dem aktuellen wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen *state of the art*.

#### **4. Standards für inhaltsbezogene Kompetenzen**

Hinsichtlich der Beurteilung der einzelnen Standards in den beiden WBS-Lehrplänen schließe ich mich inhaltlich der ebenso ausführlichen wie ausgezeichneten Stellungnahme meiner Kölner Kollegin Prof. Dr. Birgit Weber an (Stellungnahme zu den Anhörungsfassungen: Wirtschaft / Berufsorientierung unter Berücksichtigung des Faches Gemeinschaftskunde zum Bildungsplan 2016 in Baden-Württemberg, 16.09.2015).

#### **5. Sozioökonomische Ungleichheit als blinder Fleck der Lehrpläne**

Aus wissenschaftlicher Sicht ist es nicht nachvollziehbar, dass die beiden WBS-Lehrpläne ein zentrales wirtschaftliches Problem ausblenden, das sich seit vielen Jahren systematisch verschärft: die sozioökonomische Ungleichheit und ihre konkreten Ausprägungen hinsichtlich Einkommen, Vermögen, Berufs- und Aufstiegschancen sowie hinsichtlich der allgemeinen individuellen Verwirklichungschancen. Auch in den Wirtschaftswissenschaften ist dies heute ein prominentes Thema und Forschungsfeld.

Nicht nur aus fachwissenschaftlicher, sondern auch aus fachdidaktischer Sicht ist diese Ausblendung unvermeidbar. Denn diese Ungleichheiten erleben die Lernenden in ihrem täglichen Alltag. Sie stoßen auf Grenzen durch Ungleichheiten bei ihrer beruflichen Orientierung, als Konsumentinnen, als Vorsorgerinnen, Versicherungsnehmerinnen und Geldanlegerinnen, beim Versuch, ihre sozioökonomischen Interessen zu Gehör zu bringen sowie, nicht zuletzt, bei den realen Chancen als Unternehmerin erfolgreich zu werden.

Mit all dem aber lassen die Lehrpläne die Lernenden allein. Denn die Lehrpläne tun so, als spiele das alles keine Rolle. Theoretisch und empirisch ist aber das Gegenteil der Fall, sowohl aus Sicht der Individuen und der Gesellschaft wie auch der Wissenschaft. Die sozioökonomischen Ungleichheiten untergraben das meritokratische Prinzip und damit die Leistungsbereitschaft, verursachen politische Ungleichheit und partizipatorische Apathie, produzieren Intoleranz und Exklusion, gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt und bedrohen dadurch letztlich die Demokratie.

Die Sprachlosigkeit der Lehrpläne in Sachen Ungleichheit ist somit sachfremd, wissenschaftsfeindlich und lebensweltfern. Sie ist demokratie- und integrationspolitisch riskant. Die Ignoranz der WBS-Lehrpläne gegenüber den real existierenden Ungleichheiten befremdet auch deshalb, weil die Lehrpläne aus einem sozialdemokratisch geführten Ministerium stammen und von einer grünen Landesregierung verantwortet werden.